

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

27.11.1866 (No. 282)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 27. November.

N. 282.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† **Berlin**, 26. Nov. Der Dotationsauschuß hat beschlossen, zu beantragen, die ferneren Ausschreibungen nicht öffentlich abzuhalten. In den Abgeordnetenkreisen zirkulirt ein Schreiben des Grafen Bismarck, worin um Beiseitlassung Bismarcks von der Dotationsliste gebeten wird.

Hannover, 25. Nov. (Köln. Ztg.) Das Rundschreiben an die Bundesregierungen soll den Wunsch ausdrücken, daß behufs der Beschleunigung der Arbeiten zu Bevollmächtigten für die Verathung des norddeutschen Verfassungsentwurfs die Minister des Auswärtigen der verschiedenen Regierungen, sowie die Syndici der Hansestädte bezeichnet würden.

Wesb. 25. Nov. Die Linke beschloß in ihrer heutigen Klubtagung, so lange das ungarische Ministerium nicht ernannt sei, an den Verathungen der Siebenundsechziger-Kommission nicht Theil zu nehmen.

Trief. 25. Nov. Die Ueberlandpost bringt Nachrichten von Korfu, 24. d., wonach die Griechen auf Candia einen Sieg erfochten haben sollen. Der angebliche Verlust der Türken wird auf 3000 Mann, 2000 Gefangene angegeben. Von Astypho wird namentlich ein Sieg der Insurgenten gemeldet. Omer Pascha hat das Kommando der Türken übernommen. Ein griechischer Dampfer brachte Freiwilligenzug von Paros. — Aus Skatuta, 19. Okt., wird gemeldet: Die Revolution von Birma ist beendet; der britische Kommissar ist dahin zurückgekehrt. Der Abschluß eines neuen Vertrags zwischen England und Birma steht bevor.

Deutschland.

Darmstadt, 24. Nov. Der Großherzog hat gestern dem König von Bayern in Aschaffenburg einen Gegenbesuch gemacht und ist Abends mit diesem nach Darmstadt zurückgekehrt. Beide wohnten einer Vorstellung im Hoftheater bei, nach welcher der König wieder nach Aschaffenburg zurückreiste. — Nach der „Darmst. Ztg.“ ist das Wahlergebnis folgendes: 2246 Stimmen fielen auf die „liberal-konservative“, 1037 auf die fortschrittliche Seite.

Koburg, 14. Nov. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Der Prinz Friedrich von Augustenburg verweilte in voriger Woche einige Tage hier zum Besuch bei dem ihm von früherer Zeit näher befreundeten Herzog Ernst von Koburg-Gotha. Da der Prinz Friedrich jetzt endlich vollständig klar darüber geworden ist, daß seine Hoffnungen, ein unabhängiger Herzog von Schleswig-Holstein zu werden, für alle fernere Zukunft vollständig verschwunden sind, so hat er sich an den Herzog von Koburg gewendet, um sich durch dessen Vermittelung dem König von Preußen wieder zu nähern, und in Unterhandlungen zu treten, um für eine bestimmte Apanage alle seine vermeintlichen Ansprüche auf diese Herzogthümer vollständig und rechtskräftig an die Krone Preußen abzutreten. Ob man preussischer Seite hierauf eingehen wird, dürfte noch zweifelhaft sein; doch ist es leicht möglich, daß es geschehen wird, um dadurch ein für allemal alle ferneren Augustenburgischen Parteimänner — so gänzlich ungefährlich solche auch immerhin sind — zu vernichten. Der Herzog von Koburg hat sich wesentlich in Folge dieses Wunsches des Prinzen Friedrich von hier nach Leipzig zu den Hofjagden des Königs von Preußen begeben, um dort vorläufige Unterhandlungen anzuknüpfen. Wie man sagt, soll der Kronprinz von Preußen es sehr begünstigen, daß der Prinz Friedrich für einen festen Jahresgehalt von 100,000 Thalern alle seine Ansprüche an Preußen abtrete.“

Koburg, 24. Nov. Der zwischen dem König von Preußen und dem Herzog von Koburg-Gotha abgeschlossene Vertrag, betreffend die Staatsforsten im Kreis Schmalfalden, lautet nach der „Kob. Ztg.“:

Art. 1. Se. Maj. der König von Preußen, geleitet von dem Wunsch, Se. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha für die im Lauf der letzten kriegerischen Ereignisse gebrachten Opfer eine Entschädigung zu gewähren und zugleich einen Beweis des Anerkennung der getreuen Bundesgenossenschaft Se. Hoheit vom ersten Anfang des Krieges bis zuletzt und der thätigen und wirksamen Theilnahme des herzogl. Kontingents an der kriegerischen Aktion zu geben, tritt die in der ehemals kurfürstlichen Herrschaft Schmalfalden gelegenen Staatsforsten mit allem Zubehör an Forsthäusern, Forsthäusern, Feld- und Wiesen-Grundstücken, Lössen, Fischereien, Inventarien etc. an Se. Hoheit dem Herzog von Koburg und Gotha ab in der Eigenschaft eines integrierenden Bestandtheils des Domainenguts in den Herzogthümern Koburg und Gotha, mithin als fideicommissarisches Privatgut des herzogl. sachsen-gothaischen Gesamthauses. Se. Hoheit dem Herzog bleibt vorbehalten, die rechtlichen Verhältnisse dieses Domainenbestandes durch haushaltungsrechtliche Bestimmungen näher zu regeln und festzusetzen, und wird Se. Maj. der König diejenigen Maßregeln eintreten lassen, welche die Rechtsgültigkeit dieser Bestimmungen in dem königl. preussischen Staatsgebiet zu sichern geeignet sind. Der Uebertritt der von der vormaligen kurfürstl. leffischen Re-

gierung für die Schmalfelder Staatsforsten angestellten Beamten und Diener in den Dienst Se. Hoheit des Herzogs bleibt der beiderseitigen freien Vereinbarung überlassen. In Betreff der Besetzung unterliegen die Schmalfelder Domainenforsten den für die Forsten des königl. Hausfideicommisses geltenden Bestimmungen. Die Bewirtschaftung derselben ist einer Staatsaufsicht nicht unterworfen. Die Uebergabe der Forsten mir Zubehör ist mit der Vollziehung dieses Vertrags als bewirkt zu betrachten. Mit derselben gehen auch die noch in den Forsten lagernden Hölzer, insoweit dieselben nicht bereits in das Eigentum Dritter übergegangen sind, ingleichen die vorhandenen Einnahmestücke in das Eigentum Se. Hoheit des Herzogs über. Art. 2. Se. Hoheit der Herzog übernimmt es dagegen, den Staatsangehörigen der Herzogthümer Koburg und Gotha 1) die Kosten, welche denselben durch die Verpflegung der feindlichen bayrischen und hannoverschen Truppen erwachsen sind, und 2) den durch die von den bayrischen Truppen ausgeführten Requisitionen entstandenen Aufwand zu ersetzen, sowie 3) die Schäden zu vergüten, welche dieselben durch die hannoverschen Truppen und die gegen diese zur Anwendung gekommenen militärischen Operationen erlitten haben. Art. 3. Die allerhöchste und höchste Genehmigung wird vorbehalten und soll die Auswechslung derselben binnen acht Tagen stattfinden. — Berlin, 14. September 1866. (L. S.) gez. v. Savigny. (L. S.) gez. v. Seebach.

Hannover, 23. Nov. (Fr. Z.) Gegen die Unterzeichnung der ritterschaftlichen Erklärung scheint man von Seiten der preussischen Regierung energisch vorgehen zu wollen. Auf Spezialbefehl des Generalgouverneurs v. Boigt-Nehz sind durch den Zivilkommissar v. Hardenberg von denjenigen Unterzeichnern der „Erklärung“, welche sich in hiesigen Staatsdienst befinden, Erklärungen darüber eingefordert, ob sie die Resolution selbst unterschrieben oder ob ihre Namen mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung darunter gesetzt, und ob sie bei der Unterschrift, bezw. bei der Einwilligung zur Unterschrift vollständige Kenntniß des Inhalts der Resolution gehabt. Auf das weitere Verfahren darf man gespannt sein. Es befinden sich unter den Unterzeichnern Landdrosten, frühere Minister, Präsidenten von Obergerichten und des höchsten Landesgerichts, Regierungsräthe etc.

Hannover, 24. Nov. (Köln. Ztg.) Das Schicksal der Offiziere und Militärbeamten der hannoverschen Armee geht seiner Entscheidung entgegen. Eine Kabinettsordre des Königs Wilhelm in der heutigen Gesefammlang bestimmt, daß die Offiziere u. s. w., welche in die preussische Armee überzutreten wünschen, ebenso wie diejenigen, die ihre Pensionirung nachsuchen, bis zum 1. Jan. f. J. ihre Anträge einzureichen haben, daß aber wegen Derer, die weder Anstellung noch Pensionirung nachsuchen, weitere Befehlsnahme vorbehalten bleibt. Ergänzend fügt eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs hinzu, daß von Offizieren, die sich bis 1. Jan. nicht gemeldet haben, angenommen wird, daß sie den Uebertritt in den k. Dienst nicht wünschen. Die Entscheidung von ihren bisherigen Verpflichtungen nachzufinden, bleibt den Offizieren selbst überlassen. Beschleunigung wird ihnen aber um so mehr empfohlen, als dadurch die beabsichtigte sofortige Placirung der jetzt beurlaubten Offiziere ermöglicht werde, während die Zahlungen, die bisher auf Grund der Kapitulation von Langensalza gewährt seien, nicht über den 1. Jan. hinaus in Aussicht gestellt werden könnten. Mit dieser Entscheidung von Seiten Preußens trifft ein an alle Offiziere vertheiltes Flugblatt zusammen, das den Entschluß des Königs Georg veründet, sie nur in äußersten Nothfällen des Jahresendes zu entbinden, worunter der unerbittliche etwaige Bruch der Kapitulation namentlich bezeichnet wird. Der Abschied soll nur zum Zweck des Uebertritts in andere als preussische Dienste bewilligt werden. Vor Allem aber wird Treue und Ausdauer empfohlen, auf günstige Eventualitäten hingewiesen, auf einen großen Entscheidungskampf und den siegreichen Wiedereinzug des Königs unter dem Haischen der alten Fahnen in freier Kapitulirer Luft. Einseitigen sollen die Offiziere an der Kapitulation, „dem Vermächtniß der liebevollen Sorge des Königs“, festhalten und, wenn nöthig, den Schutz der Gerechtigkeit in Anspruch nehmen.

Berlin, 23. Nov. (Fr. Z.) Der Gesefentwurf, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassungsurkunde und des Art. 1 des Gesetzes vom 30. April 1851, sowie diejenigen Abänderungen der Verordnung über die Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849, welche behufs Anwendung derselben in den mit der preussischen Monarchie neu vereinigten Landesheilen erforderlich werden, ist für diese Landesheile von so hervortretendem Interesse, daß wir glauben, den Wortlaut desselben vollständig mittheilen zu sollen. Der Gesefentwurf lautet, nach Weglassung der Eingangsformel, wie folgt:

Art. 1. Sobald die preussische Verfassung in den durch das Gesetz vom 20. September d. J. mit der preussischen Monarchie vereinigten, sowie in denjenigen neu erworbenen Landesheilen, welche derselben ferner einverleibt werden; Geltung erlangt, treten der bisherigen Anzahl der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten die Abgeordneten aus jenen Landesheilen hinzu. — Art. 2. Die Bestimmung der Anzahl der Abgeordneten, sowie die Feststellung der Wahlbezirke erfolgt für die ersten Wahlen, welche in jenen Landesheilen stattfinden, durch königliche Anordnung in der Art, daß auf durchschnittlich 54,000 Seelen der nach der letzten allgemeinen Volkszählung vorhandenen

Bevölkerung ein Abgeordneter zu wählen ist. — Art. 3. Diejenigen Abänderungen der Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten vom 30. Mai 1849, welche behufs ihrer Anwendung in den erwähnten Landesheilen durch die besonderen Verhältnisse derselben bedingt werden, erfolgen für die im Art. 2 gedachten ersten Wahlen ebenfalls durch königliche Anordnung.

Wie der „B. u. H. Z.“ aus der Lausitz geschrieben wird, hätte der Erbprinz von Augustenburg sein vielgenanntes Schloß Dolzig an einen Hrn. v. Dyhren verkauft und wird Deutschland mit seiner Familie ganz verlassen. Der Erbprinz habe Genf zu seinem künftigen Wohnsitz gewählt und dort bereits das Kantonalbürgerrecht nachgesucht.

Berlin, 24. Nov. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 24. d.

In der heutigen Sitzung wurde, nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten, in der Budgetberatung fortgefahren.

Man sieht am Etat des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten. Der Regierungskommissar, Legationsrath v. Keubell, erläutert den Etat, insbesondere mit Rücksicht auf die Erhöhung der Dotationen der größeren Legationen und auf die nothwendig gewordene Gründung neuer besetzter Konsulate. Die eingetretene Erweiterung des Staatsgebiets habe die schon längst nothwendig gewesene Erhöhung der betreffenden Dotationen vollends unaufschiebbar gemacht. Die zugekommenen Geschäfte, sowie insbesondere die Würde des aufblühenden preussischen Staats erforderten diese Erhöhungen durchaus. Auf die Erhöhung der Dotationen der Gesandtschaften bei den deutschen Höfen lege die Staatsregierung ein ganz besonderes Gewicht, und wer die Politik der Regierung unterstützen wolle, möge an den betreffenden Positionen nicht mäkeln. Die beantragten Erhöhungen gehen dahin, daß die Botschafter in London und Paris und der Gesandte in Petersburg, die bisher, außer der Reichthumsabteilung, mit 25,000 Thlr. dotirt waren, künftig mit 32,000 Thlr. dotirt werden sollen, ferner der Gehalt des Gesandten in Wien von 20,000 Thlr. auf 25,000 Thlr., derjenige des Gesandten in Florenz von 15,000 auf 20,000 Thlr., derjenige des Gesandten in München von 10,000 auf 13,000 Thlr. u. s. w. erhöht werden soll. Der Militärbevollmächtigte in Petersburg sei unentbehrlich; das Haus habe diesen Posten früher bemängelt; es werde an dasselbe die dringende Bitte gerichtet, die Position zu bewilligen. Eine Aufbesserung des Gehalts der Legationssekretäre sei ebenfalls nicht länger aufzuschieben gewesen. In Betreff der Nothwendigkeit der neuen besetzten Konsulate in Moskau, Neu-York und Paris wird einfach auf die Erklärungen hingewiesen, die dem Etat beigegeben. Die Extraausgabe von 25,000 Thlr. zu Einrichtungen im Botschaftshotel zu Paris aus Anlaß der Industrienausstellung sei deshalb geboten, weil der hohe Protektor der disziplinären Interessen vermuthlich Veranlassung nehmen werde, während der Ausstellung in Paris anwesend zu sein (hört! hört!), wo er dann (der Kronprinz) im Botschaftshotel wohnen werde.

Zu dem Titel der Einnahmen bemängelt der Abg. Dr. Becker die hohen Gebühren der Passirungen, und bittet um Abhilfe. Der Regierungskommissar: Die Staatsregierung wird diesen Wunsch in Erwägung ziehen. Abg. Graf Eulenburg: Ich gehe weiter und spreche die Hoffnung aus, daß die Passirungen überhaupt weggelassen werden; die Passirungsgebühren werden dann ganz von selbst weggelassen. (Bravo!) Der Regierungskommissar: Die Staatsregierung wird auch diesen Wunsch in Erwägung ziehen. (Heiterkeit!) Abg. v. Hoyerbed will die Gehaltserhöhungen zwar bewilligen, jedoch für's erste nur als extraordinäre Ausgabe. Abg. v. Sauer: Die Erweiterung des Staatsgebiets betrachten wir doch wohl Alle als bleibend, folglich mag auch die Bewilligung dieser Gehaltserhöhung einen bleibenden Charakter haben. Abg. Twesten erklärt sich gegen den Antrag. Dem Abg. v. Hoyerbed habe der Gedanke vorgeschwebt, daß die Staaten des norddeutschen Bundes an der Aufbringung der Vertretungskosten beizutragen hätten. Dies habe einen guten Sinn; aber Gehaltserhöhungen dürften überhaupt nicht vorübergehend bewilligt werden; darum wolle er für die Genehmigung der betreffenden Mehransätze im Ordinarium stimmen. Der Antrag des Abg. v. Hoyerbed, welcher sich auch auf die gleiche Uebertragung zweier neuen Kathedren in das Extraordinarium bezieht, findet noch anderweit vielfachen Widerspruch und wird schließlich auch mit großer Majorität abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen spricht sich der Abg. Dr. Löwe für Abschaffung der auswärtigen Vertretung überhaupt aus; kein Freund Fr. Kapp habe in Washington mehr zum Schutz der deutschen Landeseute getan, als die ganze deutsche Diplomatie. Noch andere Redner meinen, daß bei den Staaten des norddeutschen Bundes in Zukunft gar keine Vertretungen mehr gehalten werden dürften. Abg. v. Vinke weist die gegen die preussische Diplomatie erhobenen Vorwürfe zurück, indem dieselbe im verflochtenen Jahre bedeutende Dienste geleistet habe. Wie die Dinge sich in Zukunft gestalten werden, sagt Redner hinzu, weiß ich nicht, jetzt aber sind die Vertretungen bei den Staaten des norddeutschen Bundes noch durchaus nöthig. Ich werde Ihnen in Bezug auf diesen Punkt eine Geschichte erzählen, die in meiner Nähe passiert ist. In Schaumburg-Lippe, wo wir keine Vertretung hatten, hat der Fürst kurz vor dem verhängnißvollen 14. Juni seine Soldaten auf dem Bahnhof versammelt, und ihnen erklärt, daß er unter allen Umständen mit Oesterreich und gegen Preußen gehen würde. Daher auch das Verhalten des Viktor v. Strauß, welches er, Redner, mit dem Mantel der Liebe zudecken wolle. Als man später den Lippe'schen Soldaten in Mainz sagte, daß sie zu Preußen in einem freundschaftlichen Verhältnisse stehen würden, antworteten sie: das wäre nicht wahr, sie wüßten es besser, ihr Fürst

habe es ihnen ja gesagt. (Gelächter.) Hätten wir damals einen Diplomaten am Hofe von Schaumburg-Lippe gehabt, der über die dortigen Vorgänge hier berichtet hätte, so würde Schaumburg-Lippe, anstatt jetzt zum norddeutschen Bunde zu gehören, vom Grafen Bismarck wohl zum preussischen Staate geschlagen worden sein. Ich stimme für alle Positionen, wie die Regierung sie gefordert hat. (Bravo!) Ein neuer Antrag des Abg. v. Hoyerbed, die einzelnen Gesandtschaftsdelegationen im Staatshaushalts-Etat als besondere Titel aufzuführen, wird mit 157 gegen 102 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Abg. Waldeck weist auf die Doppelstellung von Hesse-Darmstadt hin, welche halb selbständig sei und halb zum norddeutschen Bunde gehöre. Abg. v. Vincke: Gerade dieser Umstand ist ein neues Argument für Das, was ich gesagt habe. — Schließlich werden alle Positionen des Etats ganz nach den Ansätzen der Regierung genehmigt. Ein Antrag des Abg. Harfort, die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session einen die Reorganisation des Konfularwesens betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen, wird ebenfalls angenommen.

Es folgt sodann der Etat des Finanzministers. Abg. Dunder wünscht, daß ein Verzeichnis der seit 17 Jahren eingelösten Rentenbriefe vorgelegt werden möchte. Der Regierungskommissär weist auf die große Schwierigkeit einer solchen Aufgabe hin. Abg. Dr. Gebert bemängelt die Zuweisung von Dotationen aus dem Fonds der Sifter Merseburg und Raumburg, als verfassungswidrig. Abg. Graf v. Schwerin: Die betreffenden Verpflichtungen beruhen auf einer Kabinettsordre aus der Zeit, wo die absolute Gewalt noch in den Händen des Königs ruhte; diese Verpflichtungen müßten daher auch erfüllt werden, wie gegen die Beschlüsse dieses Hauses, gerichtsfällig entschieden worden sei. Der Regierungskommissär bekräftigt dies. Abg. v. Carlowitz: Durch den Friedensvertrag mit Sachsen ist die Sachlage ganz verändert: Sachsen habe die Lasten übernommen, die früher auf diesen Staaten ruhten — folglich müßte die also ersparte Summe lediglich zu allgemeinen Kirchen- und Schulzwecken verwendet werden. Abg. Richter: Man müsse unterscheiden zwischen der Zweckmäßigkeit und dem Rechte, und das Recht sei auf der Seite derjenigen, welche die Dotationen bis jetzt genossen. Abg. Graf v. Schwerin: Ich wünsche auch nicht, daß neue Domänen erneuert werden; so lange aber noch welche da sind, müssen sie erhalten, was ihnen zugesichert worden ist. — Damit wird der Gegenstand verlassen.

Zur Position „Wartegelder“ bemerkt der Abg. Dunder: Zu den Wartegeld-Empfängern gehöre, wie er glaube, auch der ehemalige Polizeidirektor Stieber. Derselbe sei zum Geheimrath und im verflochtenen Sommer auch zum Direktor der Feldpolizei ernannt worden. Es gehe das Gerücht, daß Hr. Stieber bei der Organisation der Polizei in den neuverworbenen Ländern, insbesondere in Hannover, beschäftigt sei. Eine Sitzung des Arbeitervereins in Hannover sei jüngst aufgelöst worden, weil in derselben die Frage aufgeworfen wurde, was denn eigentlich ein preussischer Provinziallandtag sei. (Gelächter.) Er wünsche, daß unsere neuen Landeskulte verstanden werden von der überbürdeten Firma Wermuth-Stieber, daß Hr. Stieber also nicht wieder angestellt werde, sondern daß wir ihn noch lange als Wartegeld-Empfänger behalten möchten. Der Regierungskommissär: Im Finanzministerium wird nichts davon bekannt, wo die Beamten, die auf Wartegeld stehen, verwendet werden. (Gelächter.) Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Berlin, 24. Nov. Die preussische Einladung an die Mitglieder des norddeutschen Bundes, Bevollmächtigte zur Feststellung des Bundesverfassungs-Entwurfs zu ernennen und am 15. Dez. die Beratungen zu eröffnen, ist am 21. d. Mts. erfolgt. Die Wahlen der Abgeordneten werden in den Bundesstaaten gleichzeitig erfolgen und vorher die Listen der Wähler mehrere Wochen öffentlich ausliegen. Der 1. Febr. l. J. soll wo möglich als Termin für die Parlamentsverfassung festgehalten werden.

Die Dotationskommission des Abgeordnetenhauses hatte gestern Abend in der Wohnung des Abgeordneten Frhr. v. Baerst eine vertrauliche Besprechung. Die erste Sitzung der Kommission wird am Montag stattfinden. Der Vorsitzende der Kommission für die Wahlbezirke in den neuen Provinzen, Abgeordneter Holzappel, hat den Abgeordneten Waldeck zum Referenten ernannt.

Aus Koblenz, 24. Nov. J. Maj. die Königin Augusta empfing vorgestern eine größere Anzahl Herren und Damen des rheinischen Wels. Der Frhr. v. Spieß-Bülowheim hat den Kammerherren-Dienst bei J. Maj. übernommen. — Die Rückkehr des Grafen v. Bismarck soll in einigen Tagen erfolgen. — Das Befinden des Kriegsministers v. Roon hat sich in erfreulicher Weise gebessert. Er befindet sich zur Zeit in Wiesbaden und gedenkt bereits im Lauf der nächsten Woche wieder hier einzutreffen.

Berlin, 25. Nov. Bekanntlich hat das österreichische Kabinet mittelst einer vom 8. Nov. datirten Depesche unter Berufung auf die Prager Friedenssuspensionen hier in Berlin eine Revision des Zoll- und Handelsvertrags vom 11. April 1865 beantragt. Vor einigen Tagen ist eine Antwort auf diese Depesche von hier nach Wien abgegangen. In derselben soll das diesseitige Kabinet seine volle Bereitwilligkeit zu solchen Revisionsverhandlungen ausgesprochen und zu gleicher Zeit erklärt haben, daß die beteiligten Ressortminister schon angewiesen seien, die dazu nöthigen Vorbereitungen zu treffen. — Wie verlautet, ist außer der bereits veröffentlichten k. k. Kabinettsordre in Betreff der hannoverschen Offiziere neuerdings auch die Verfügung ergangen, daß die noch dienstpflichtigen Unteroffiziere und Mannschaften der früheren hannoverschen Armee spätestens am 10. Dez. in das preussische Heer einzutreten haben. Derselben werden bei dem im hannoverschen stehenden 10. Armeekorps eingestellt. — Die Verhandlungen, welche gegenwärtig vom Landrath v. Wurmb als preussischem Kommissär in Dresden geführt werden, beziehen sich dem Vernehmen nach hauptsächlich auf die Verpflegung der preussischen Truppen im Königreich Sachsen. Der von einigen Blättern gebrachten Mittheilung, Hr. v. Wurmb sei wegen Differenzen, die sich über Organisationsfragen des norddeutschen Bundes zwischen Preußen und Sachsen erhoben hätten, von Dresden nach Berlin beurlaubt worden, wird in hiesigen politischen Kreisen ebenfalls widersprochen. Man stellt dabei das angebliche Vorhandensein solcher Differenzen mit aller Bestimmtheit in Abrede und

fügt hinzu, der Landrath v. Wurmb habe in seiner ganzen jetzigen Stellung mit den Angelegenheiten des norddeutschen Bundes überhaupt nichts zu thun.

Österreichische Monarchie.

Wien, 22. Nov. (Köln. Ztg.) Aller Blicke sind nach Ungarn gerichtet; das Schicksal der Monarchie hängt jetzt zum großen Theil von der Aufnahme ab, welche das k. k. Reskript im Pesther Landtag finden wird. So viel sich aus den bisherigen Aeußerungen der einflussreichsten Organe schließen läßt, haben selbst die großen Konfessionen, welche die Regierung in dem Reskript der Unabhängigkeit der Ungarn macht, diese noch nicht vollständig befriedigt. Es scheint, daß nicht nur die Linke des Landtags, sondern auch die Rechten, bevor sie auf die Diskussion der ihnen bewilligten Zugeständnisse eingehen, die sofortige Ernennung eines ungarischen Ministeriums verlangen wollen. Andererseits sind auch die Rechten der Rechten, namentlich die Deutsch-Liberalen mit dem Reskript keineswegs vollkommen einverstanden; sie machen dem Schriftstück namentlich zwei schwere Vorwürfe: einmal, daß die gemeinschaftliche verfassungsmäßige Behandlung der allen Königreichen und Ländern gemeinsamen Angelegenheiten, die noch in der Thronrede vom 14. Dezember v. J. als ein unabwiesliches Erforderniß hingestellt und allgemein als „parlamentarische“ Behandlung aufgeführt worden war, in dem jetzigen Reskript ganz unerwähnt bleibt — und gewisse offiziöse Aeußerungen lassen allerdings vermuthen, daß die Regierung auf den Deak'schen Vorschlag eingehen will, die gemeinsamen Angelegenheiten durch Delegationen von Fall zu Fall erledigen zu lassen, — daß also die Grundlage der Verfassung aufgegeben ist; zweitens beklagt man, daß die Regierung dieselben ungarischen Forderungen, die sie noch zu Anfang des Jahres als unvereinbar mit dem Bestand und der Wahrung des Reiches erklärt und also pflichtgemäß zurückgewiesen hatte, jetzt ohne Weiteres bewilligt. Wenn die Ungarn den Vortheil ihrer jetzigen Stellung rücksichtslos ausbeuten und die Regierung in ihrer Nachgiebigkeit verharret, so wird eine tiefgehende Spaltung der Monarchie, eine Verstärkung des Gravitations der deutschen Provinzen nach Deutschland und vielleicht auch ein Anfall slawischer Provinzen an Rußland die kaum zu vermeidende Folge sein. — Es ist sehr bezeichnend für die hiesige Stimmung, daß schon in der zweiten (gestrigen) Sitzung des niederösterreichischen Landtags in Wien von einem Abgeordneten der Vorstadt Mariabühl ein Protest gegen die dort beabsichtigte Aufhebung der aus Venedig eingewanderten Jesuiten erhoben wurde, weil sie „den bisherigen friedlichen Verkehr zwischen den Katholiken und der bedeutenden protestantischen-Gemeinde zu stören drohen.“ Solche Proteste gegen die Niederlassung der Jesuiten erlören jetzt aus fast allen Theilen des Reiches, wie denn überhaupt das allmählig stärkere Hervortreten der Konfessionsmänner den Widerspruch und die Abwehr lebhafter herausfordern.

Wien, 23. Nov. (H. N.) Wie die amtliche Zeitung meldet, sind die Verhandlungen mit Frankreich soweit durchgeführt, daß der förmliche Abschluß des Handelsvertrages längstens in den ersten Tagen des Dezember erfolgen und der Vertrag schon mit dem 1. Jan. in Wirksamkeit treten wird.

Wien, 24. Nov. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Die mexikanische Gesandtschaft in Paris hat nun endlich auch erlassen, daß Kaiser Maximilian von Vera-Cruz nach Europa abgereist ist. Damit ist allem Gerücht ein Ende gemacht, und wir werden demnächst hören, daß der Kaiser in Europa angelangt ist. Der Kaiser ist abgegangen, ohne abzudanken. Der Kaiser bewilligt seine Heimkehr nach Europa offenbar an Bord des in Vera-Cruz bereitgehaltenen österreichischen Kriegsschiffes.

Pest, 24. Nov. (W. L. Z.) In einer Konferenz bei dem Deputirten Deak, anlässlich des k. k. Reskripts, bemerkte Deak: Das Reskript lasse vom Gesichtspunkte der Rechtskontinuität viel mehr hoffen. — Er beantragte eine Adresse mit der Bitte, daß, wenn die Gesetze wieder hergestellt, das Haus nicht verabsäumt werde, die Wünsche des Königs in Betracht zu ziehen. Die Kommission für die gemeinsamen Angelegenheiten müsse ihre Arbeiten fortsetzen und dem Hause unterbreiten. Der Antrag Deak's wurde angenommen.

Triest, 25. Nov. (W. L. Z.) Die „Trief. Ztg.“ von heute meldet: „Der Krankheitszustand der Kaiserin von Mexiko ist unverändert. Die Nachricht von einem beginnenden Bruchleiden ist unbegründet. Ende dieses Monats wird ein ärztliches Konzilium stattfinden. Der Kaiser Maximilian von Mexiko wird im Dezember erwartet.“

Donaufürstenthümer.

Buckarest, 24. Nov. Heute hat die Eröffnung der Kammeression stattgefunden.

Italien.

Florenz, 23. Nov. Die „Opinione“ widerlegt das Gerücht, daß die Mission des Generals Fleury den Zweck habe, neue Engagements zwischen Frankreich und Italien zu unterhandeln in Betreff der römischen Frage. General Fleury wurde heute von Baron Riccafoli, dem Ministerpräsidenten, empfangen. — Ein Telegramm meldet, daß der italienische Kommandant Armino am 26. Okt. in Peking einen Handelsvertrag zwischen Italien und China unterzeichnet hat. Alle Forderungen Italiens sind von der chinesischen Regierung gebilligt worden. — Die „Itale“ berichtet, daß Rußland allen Italienern, die in Folge der letzten Ereignisse in Polen nach Sibirien deportirt waren, Amnestie ertheilt hat. — Das österreichische Kriegsschiff „Erzherzog Friedrich“ ist vor Civita-Vecchia angelangt.

Rom, 23. Nov. Das „Giorn. di Roma“ erklärt, indem es auf die Worte des „Abend-Moniteur“ vom 21. d. M. in Betreff der letzten Akte der italienischen Regierung anspielt, daß die extremen Parteien, von welchen der „Moniteur“ spricht, eben diejenigen seien, welche durch das Rußland'schen Riccafoli's ausgemuntert werden, da das Rundschrift

ben besage, daß die weltliche Macht im Widerspruch mit dem Fortschritt und der Zivilisation stehe, und die italienische Regierung bereit sei, die nothwendigen Garantien für die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes zu gewähren, welche Garantien an die Stelle der durch das Königreich Italien absorbirten weltlichen Macht treten sollen. Das Blatt sagt schließlich, der heil. Vater habe Grund, auf seiner Futh zu sein, da er gezwungen sei, den falschen Eifer zurückzuweisen, mit welchem von allen Seiten Versicherungen an ihn gerichtet werden, „die wahrhaft Ausgebirten der Heuchelei und Lüge sind.“

Frankreich.

Paris, 24. Nov. Das „Memor. diplom.“ bringt eine Reihe von Mittheilungen aus Mexiko, denen wir Folgendes entnehmen. Am 18. Okt. brachte ein Telegramm dem Kaiser die Trauerbotschaft von der Geistesföhrung, welche die Kaiserin Charlotte befallen. Nachdem er sofort seine Weisungen durch den Telegraphen nach Miramar befördert hatte, zog Kaiser Maximilian in der tiefsten Niedergeschlagenheit in das Schloß Chapultepec zurück und verweilte daselbst, ohne Jemanden vorzulassen, zwei Tage lang in völliger Abgeschlossenheit. Am 21. kehrte er nach der Hauptstadt zurück und ließ den Marschall Bazaine zu sich beschicken. Diesem stellte er die Dringlichkeit eines zu fassenden Beschlusses vor Angesichts der Mission Castelnau's, die mit der Erklärung Seward's zusammenfiel, daß vor Ende des Jahres kein einziger französischer Soldat mehr auf dem mexikanischen Gebiet sich befinden würde. Der Kaiser fügte bei, daß er, bevor er einen festen Beschluß fasse, sich nothwendiger Weise sammeln müsse. Darum werde er sich nach Orizaba zurückziehen, wo er außerdem, ungeduldt, wie er sei, um so schnell wie möglich über den Zustand der Kaiserin beruhigt zu werden, den Nachrichten aus Europa näher sei. In der That übergab er an demselben Tage die Regierung in die Hände Bazaine's, ohne jedoch abzudanken, und reiste nach Orizaba. „Unsere Nachrichten — fügt das genannte Blatt bei — gestatten uns keinen Zweifel daran, daß die „France“ der Wahrheit sehr nahe kam, als sie die Abreise des Kaisers von Mexiko nach Europa als eine sehr wahrscheinliche und jetzt vielleicht vollgogene Thatsache ansah. Die Minister, die, nachdem der Kaiser die Hauptstadt verlassen, ihre Gesamtentlassung eingereicht hatten, haben auf den dringenden Wunsch des Marschalls Bazaine die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.“

Die „Patrie“ entlehnt dem Londoner „Kosmopoliten“ folgende Kombination bezüglich der mexikanischen Angelegenheit, wofür sie übrigens diesem Blatt die Verantwortlichkeit läßt: „Mexiko würde 1/3 seines Gebietes an die Vereinigten Staaten verkaufen. Die Linie würde vom Fort Mac Intosh am Rio Grande nach dem Golf von Californien, und zwar nach dem Hafen Graymoss gezogen. Dafür würde Mexiko 350 Millionen Dollars erhalten, wovon 135 Millionen an Frankreich ausgezahlt würden.“

Der französische Gesandte in Rom, Hr. v. Sartiges, geht heute von Paris auf seinen Posten ab. — Der „Eten-dard“ vernimmt, daß die Grundlagen der nunmehr provisorisch festgestellten Armeeorganisation folgende sein sollen: 160,000 Mann jährliches Kontingent und 10jährige Dienstzeit, wovon 5 in der aktiven Armee und 5 in der Reserve. — Rente 69.45, Cred. mob. 587.50, ital. Anl. 56.05.

Paris, 25. Nov. Der „Moniteur“ schreibt: In Folge einer zwischen der kaiserl. Regierung und dem Londoner Kabinet zu Stande gekommenen Einigung ist der am 4. Dezbr. eintretende Verfall des 1843 abgeschlossenen Auslieferungsvertrags bis auf Anfang September 1867 verlängert worden. — In Betreff der mexikanischen Dinge herrscht die bisherige Ungewißheit fort — darin wenigstens, daß die Gerüchte, welche über die Abreise des Kaisers Maximilian unlaufen, offiziell weder bestätigt, noch in Abrede gestellt werden, und es geht aus dem Schweigen des amtlichen Blattes hervor, daß, ob nun mit Recht oder Unrecht, diese Abreise allgemein als feststehend angenommen wird.

Belgien.

Brüssel, 23. Nov. (Köln. Ztg.) Die Deputation der Kammer der Repräsentanten hat heute im Schloß zu Laeken dem König die Adresse des Hauses überreicht. Nach der Vorlesung derselben erwiderte der König: „Herr Präsident! Die so patriotische und liebevolle Adresse der Kammer der Repräsentanten hat mich tief gerührt. Mit großer Genugthuung bestätige ich die völlige Uebereinstimmung, welche sich unter den großen Staatsgewalten thut und gibt. Die parlamentarischen Arbeiten werden den heilsamen Einfluß derselben empfinden, und die Nation wird daraus neues Selbstvertrauen schöpfen. Ich bitte Sie, Herr Präsident! den Herren Repräsentanten den Ausdruck meiner Dankbarkeit zu überbringen und meines aufrichtigen Wunsches, mit ihnen zusammenzuwirken für Alles, was das Wohl des Landes fördern kann.“ Die Kammer hat ohne Diskussion über das Budgetgesetz weiter votirt, sowie Gesetzentwürfe über den Bau einer Eisenbahn von Hasselt nach Maaseyk, mit eventuellem Anschluß an die niederländische Bahn Venloo-Maastricht, und einer andern von der Linie Namur-Arlon über Virton an die französische Grenze angenommen. Gestern ist die belgische Kommission für die allgemeine Ausstellung in Paris, unter Vorsitz des Grafen von Flandern, zusammengetreten. Seit Beginn dieses Monats sind bereits 22 Offiziere von der mexikanisch-belgischen Legion zurückgekehrt, weil ihre zweijährige Kapitulatio abgelaufen ist. Sie sind verträglich wieder bei der belgischen Armee einrangirt worden. Doch haben verschiedene, welche in Mexiko avancirt waren, dadurch um mehrere Grade herabsteigen müssen. Ihr Anciennetättsrecht ist übrigens gewahrt worden, da ihre Abwesenheit als Urlaub betrachtet wird. Die Unteroffiziere jedoch, welche im mexikanischen Dienste zu Unterleutnants avancirt waren, behalten diesen Grad. Das Karrikaturenblatt „le Greloi“, welches angeklagt war wegen Beleidigung fremder Souveräne, ist heute freigesprochen worden. Der Redakteur erklärte, mit den Karrikaturen Niemand gemeint zu haben und auch keine Persönlichkeit darin zu erkennen.

Niederlande.

Aus dem Haag, 24. Nov. (Köln. Ztg.) Der König von Hannover hat hier noch einen Vertreter in der Person des Ministerpräsidenten Grafen Platen, eines nahen Verwandten des früheren gleichnamigen hannoverschen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Der Regierung ist nun von Seiten des ersten Diplomaten die Mitteilung gemacht worden, daß er in Folge einer Benachrichtigung seines Chefs in nächster Zeit die Anweisung erhalten werde, seine Funktionen als hannoverscher Gesandte einzustellen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24. Nov. Das „Journ. de St. Petersbourg“ bringt heute einen Artikel über die Donau-Zürstern, dessen wesentlicher Inhalt der ist: Seit dem Sturz Rusa's hat Rußland auf dem Boden der Verträge von 1856 und 1859 gestanden und dafür gestimmt, daß die in loyaler Weise kundgegebenen Wünsche der Moldo-Walachen innerhalb der Grenzen der Verträge Erfüllung fanden. Die Ereignisse gingen über jene Grenzen hinaus. Da die Pforte sich dabei beruhigte, wartete Rußland den Ausgang der Verhandlungen ab. Nunmehr hat der Sultan den Prinzen zu Hohenzollern als Souverän mit Erbrecht anerkannt und die Großmächte haben die vollendeten Thatsachen, den Verträgen zuwider, sanktioniert. Von da war Rußland berechtigt, nur seine traditionellen Sympathien für seine Religionsbrüder zu Rathe zu ziehen. Die Abstammung des ersten Staatsoberhauptes vom Hause der Hohenzollern spricht zu seinen Gunsten, und aus keinem andern Grunde hat Rußland den Fürsten Karl von Rumänien, anerkannt. Es opfert dabei nichts von seiner Würde und nichts von seinen Interessen; es sucht nur freundschaftliche Beziehungen zu den Mächten, auf deren Gegenfreundschaft es zählen kann.

St. Petersburg, 25. Nov. Laut Nachrichten aus Konstantinopel ist Alles, was die Zeitungspressen über eine Vereinigung der griechischen und römischen Kirche, sowie über eine Note der Großmächte wegen des Hatti Humahum gemeldet hat, unbegründet. Fünf Bataillone sind von Alexandria nach Kreta abgegangen.

Großbritannien.

London, 24. Nov. Die „Times“ glaubt, daß man der Nachricht von der Abtandung des Kaisers Maximilian und seiner Abreise nach Europa ohne Weiteres Glauben schenken dürfe.

Das mexikanische Kaiserreich — fährt sie fort — war ein französisches Protektorat, und mit dem Aufheben der Protektion brach es zusammen. Das Aufgeben dieses Unternehmens gericht der Einsicht des Kaisers Napoleon zur Ehre, wenn er auch dabei seinen Gefühlen einigen Zwang anstehen muß. Nicht in Mexiko scheiterte das Unternehmen, sondern in den Verein. Staaten und in Frankreich selbst. Die Amerikaner werden nun zwar kaum eine respektable Sorte von Schützlingen haben, doch wird es ihnen weit leichter werden, ihre Sache zu führen. Sie werden den Namen und die Form einer mexikanischen Republik besitzen und wahrscheinlich einen eingebornen Mexikaner als scheinendes Oberhaupt dort sitzen lassen. Das Ding wird aber dasselbe sein. Es wird ein ausländisches Protektorat anstatt einer einheimischen, dem Namen nach unabhängigen, aber nur Anarchie und Gewaltthätigkeit vertretenden Regierung sein; und das dies für die Welt im Ganzen und Großen ein Vortheil sein wird, so wünschen wir den Amerikanern einen wohlfeilen Handel und baldige gute Berührung.

Der „Herald“ ist erfreut, zu erklären, daß der Aufsatz der „Revue des deux Mondes“ über die Schlacht bei Yiffa nicht den Prinzen Joiville zum Verfasser hat.

Nach telegraphischen Nachrichten aus Dublin wurde ein Mann beim Herausstreiten aus dem Geschäftsalokal der Hibernian-Bank verhaftet. Bei demselben wurden eine Pistole, eine Anweisung auf die Commercial-Bank in Glasgow im Betrage von 900 Pfd. St. und gegen 30 Pfd. St. in Münze vorgefunden. Kompromittierende Schriftstücke fand man nicht, aber sein Benehmen seit seiner Ankunft aus Amerika, am 6. d., erregte bei der Polizei Verdacht, und er wurde in Folge dessen beobachtet. Der Gefangene nannte sich John W. Thersou W. Gilroy, verweigerte aber jede weitere Auskunft über seine Person. Man vermuthet in ihm einen früheren amerikanischen Offizier und bringt sein Herüberkommen mit den Plänen der Fenier in Verbindung. Zehn Personen wurden in der Stadt Limerick wegen Vetheiligung an einem Fenierkomplott verhaftet. Eine große Anzahl Pistolen und ein Faß voll Kugeln wurden entdeckt. Die Verhafteten gehören der arbeitenden Klasse an. In der Stadt herrscht große Aufregung. Es wurden dieser Tage zwei Kisten mit Waffen mit Beschlag belegt; sie waren als amerikanisches Tuch und Leder deklarirt.

Amerika.

New-York, 14. Nov. Ortega und sein Gefolge sind von den Unionsbehörden in Brazos de Santiago verhaftet worden. Ortega hat in seiner Eigenschaft als Präsident von Mexiko gegen alle Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten protestirt, welche darauf hinausgehen, die Regierung des Juarez direkt oder indirekt dem Land Mexiko aufzubürden. General Sherman und der Gesandte Campbell sind am 10. an Bord der Fregatte „Susquehanna“ von New-York nach Vera-Cruz abgegangen.

Depeschen aus Washington melden, daß der Finanzminister dem Kongreß mittheilen wird, der Staatschatz werde nächstens die Zahlungen in Münze wieder aufnehmen. Der Richter Bartal unterstützt das Verfahren des Gouverneurs von Maryland, der die ehemaligen Polizeikommissäre abgesetzt hat. Diese hatten den neuen Kommissären noch nicht die Polizeistationen überliefert. In Baltimore dauerte die Ruhe fort.

Baden.

Karlsruhe, 26. Nov. Der Landwirthschaftl. Zentralausschuß ist gegenwärtig hier versammelt, um einige wichtige landwirthschaftl. Fragen zu beraten. Dahin gehören dem Ver-

nehmen nach vornehmlich das Hagelversicherungs-Wesen, Weinbau-Gesellschaften und die Beschaffung guter Jarren.

Baden, 26. Nov. Heute findet die erste diesjährige Sitzung unserer Kreisversammlung statt. Der wichtigste Gegenstand, der zur Verhandlung kommen soll, wird wohl das neue Straßengesetz sein. Auch die Unterbringung von armen Augenkranken wird auf der Tagesordnung stehen. Doch dürfte die Erledigung des letzten Gegenstandes weniger auf Schwierigkeiten stoßen, da im hiesigen städtischen Krankenhaus alle Vorkehrungen zur Aufnahme von Augenkranken vorhanden sind, und der Arzt der Anstalt, Dr. Müller, sich eines ausgedehnten Rufes als tüchtiger Augenarzt zu erfreuen hat.

Baden, 26. Nov. Daß in der vergangenen Saison die Baden- und andere Kuranstalten nicht so stark in Anspruch genommen worden waren wie in den Vorjahren, daran liegt die Ursache zu sehr offen vor Augen, als daß es einer weiteren Auseinandersetzung bedürfte. Das Ergebnis entspricht so ziemlich dem Verhältnis der Fremdenzahl in der längsten Saison zu dem in den früheren Jahren; nur der Gebrauch der russischen und anderer Dampfbäder macht davon eine Ausnahme, und es übersteigt die Zahl derselben die aller früheren Jahrgänge, selbst des Jahres 1865, wo wir 51,148 fremde Gäste zählten, während das Jahr 1866 nur 34,637 aufzuweisen hat. Hierin liegt wohl der beste Beweis dafür, daß unsere Dampfbäder an Frequenz in stetigem Zunehmen begriffen sind, während ihre Räumlichkeit in ihrer gegenwärtigen Gestalt weitaus nicht zureichend erscheint. Zu bequemerer Vergleichung des Gebrauchs der Kuranstalten setzen wir neben das Ergebnis der letzten Saison jenes des Vorjahres 1865. Es wurden abgegeben: Bäder von Thermal- und andern Wasser in dieser Saison 62,539 (vorige Saison 83,131); gewöhnliche Dampfbäder 2308 (2091); russische Dampfbäder 3414 (2723); Mineralwasser in Flaschen und Krügen 13,567 (17,135); Rollen (Wälder) 15,033 (24,416).

Durch den kürzlich erfolgten Tod des bisherigen Badmeisters Becker, der eine lange Reihe von Jahren seinem schweren Dienst mit seltener Hingebung und wirklicher Aufopferung vorgestanden, hat die Dampfbad-Anstalt einen barten Verlust erlitten; denn es dürfte schwer halten, einen gleich tüchtigen Erbjahrgang anzufinden.

Donauerschlingen, 26. Nov. Die fürstlichen Herrschaften von Heiligenberg, Ihre Großh. Hoh. die Fürstin Mutter und Ihre Durchl. die Prinzessin Elisabeth, sind heute wieder dahier eingetroffen; der durchlauchigste Fürst mit dem Erbprinzen und der Prinzessin Annette wird in den nächsten Tagen erwartet.

Der diesseitige Abgeordnete, Hr. Hofapotheker Kirchner, geleite bei dem letzten Glacis aus, fügte zu Boden und beschädigte sich leider nicht unerheblich am rechten Bein. — Eine Ziviltrauung fand dahier im hiesigen Rathhause statt, wo die geschiedene Ehefrau des noch lebenden Gemanntes mit einem andern Manne vermählt worden ist, welche Trauung die Kirchenbehörde verweigert hatte.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 24. Nov. Die evangelische Synode ist (nach dem „Staatsanz.“) unterm 20. d. M. zu ihren ordentlichen jährlichen Beratungen zusammengetreten.

— Ulm, 22. Nov. (U. Z.) Infolge einer Anordnung der Bundesliquidations-Kommission in Frankfurt sind die Arbeiten an dem Friedenspital auf dem Rieneberg eingestellt worden.

— Frankfurt, 24. Nov. (Fr. Z.) Die Anrede des Ausschusses des Nationalvereins an die Vereinsgenossen lautet: „Durch die Ereignisse des Krieges und den Inhalt des Friedens ist, wie in den öffentlichen Aufständen unseres Vaterlandes, so im Geiste des deutschen Volkes eine Revolution hervorgerufen, welche in das politische Parteilieben überhaupt und insbesondere in das des Nationalvereins tief eingegriffen hat. Monate lang durch den Druck übermächtiger Thatsachen in seiner Bewegung gehemmt, hat der Nationalverein, wie die Nation selbst, auch nachdem die Bahn wieder frei geordnet, längere Zeit gebraucht, sich zu sammeln und innerhalb der neuen Lage der Dinge Stellung zu nehmen. Während dieser innern Arbeit, die auch heute noch nicht als vollendet angesehen werden kann, sind wir dem Ende des Jahres so nahe gekommen, daß der Ausschuß von der Einberufung der Generalversammlung für diesmal absehen zu müssen glaubt. Um so mehr, als mit dem Zusammentreten des Parlaments des norddeutschen Bundes ein Zeitpunkt bevorsteht, wo die Regierungspolitik mit ihren Verfassungsplänen deutlicher hervortreten muß als bisher, wo ein sicheres Urtheil über die Bedeutung des Parlaments möglich wird, und wo also der Verein mit besserer Kenntniß der Sache als im jetzigen Augenblick seine Entschlüsse wird fassen können. Angesichts der Wirksamkeit eines aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangenen Organs des Nationalwillens werden alsdann unsere Vereinsgenossen durch die Generalversammlung sich darüber entscheiden können, ob sie, unter wesentlich veränderten Umständen, die nationale Arbeit, der sie sich gewidmet haben und niemals entziehen werden, in der Form des Nationalvereins fortzusetzen gefunden sind. Unterlassen aber ist es die Hauptaufgabe des Vereins, seine volle Thätigkeit auf die Parlamentsarbeiten zu richten, welche in naher Aussicht stehen. In allen Ländern des norddeutschen Bundes wird der Verein seine Kräfte aufzubieten haben, um, im Anschluß an verwandte Parteibestrebungen und deren etwa schon vorhandene Organisationen, die Wahl von Männern durchzuführen, deren nationale Gesinnung und politische Vergangenheit Bürgschaft dafür leistet, daß sie als Mitglieder des Parlaments im Dienste der National Sache ihre Schuldigkeit thun und namentlich für die Freiheitsrechte des deutschen Volkes mit Hingebung und Nachdruck eintreten werden. Die oberste Forderung der nationalen Pflicht aber geht dahin, daß von Seiten des Parlaments selbst Alles geschehe, damit der norddeutsche Bund erweitert werde zum Reiche der gesammten deutschen Nation. Die Bildung von Wahlausschüssen und die Anstellung geeigneter Kandidaturen darf keinen längeren Aufschub leiden, wenn das Wahlergebnis nicht dem Zufall oder der größeren Mäßigkeit der Gegenparteien preisgegeben werden soll. In allen Wahlbezirken lasse man sich angelegen sein, mit den benachbarten Wahlausschüssen, und nach Umständen mit dem Berliner Centralwahlausschuß für Preußen, in Verbindung zu treten, um sich durch gegenseitige Verständigung und Hilfsleistung den Erfolg zu erleichtern und zu sichern. Ein Jeder von uns betreibe die Wahl-agitation wie seine eigene Angelegenheit, und das Gelingen, welches unsere Parteithätigkeit schon bei manchen Unternehmen der Volkspolitik belohnt hat, wird uns auch diesmal nicht fehlen. — Ein höherer Preis als diesmal aber stand nie auf dem Spiele.“

× Frankfurt, 25. Nov. Zur Ergänzung unserer neulichen angabe, daß sich die Anklagekammer im Sinne des in einem Preß-

prozeß verwickelten Redakteur des „Frankf. Journ.“ dahin ausgesprochen hat, ein Redakteur könne nicht zum Zeugen gezwungen werden, um den Autor eines Artikels zu ermitteln, haben wir weiter mitgetheilt, daß die Anwaltschaft Appellation gegen jenen Entscheid der Anklagekammer ergriffen hat. — Die „Köln. Ztg.“ erklärt es für unbegründet, daß unserer Stadt eine neue „Kontribution“ von 340,000 fl. auferlegt worden sei. Dies Dementi ist allerdings richtig, sofern man den Ausdruck „Kontribution“ urgirt; allein ganz bestimmt tritt die Nachricht auf, daß das Finanzministerium in Berlin von unserer Stadt 260,000 fl. Steuerantheil und 340,000 fl. als Beitrag für die Militärklassen pro 1867 als Pauschalsumme gefordert habe. Dem Vernehmen nach tritt in den nächsten Tagen Dr. Hasencamp, der sich als vielfähriger Redakteur der (Hartung'schen) „Königsberg. Ztg.“ einen wohlkreditirten Namen erworben hat, in die Redaktion des „Frankf. Journals“ ein. Damit werden hoffentlich alle Gerüchte verstummen, welche das genannte Blatt mit aller Gewalt zu einem Organ des Grafen Bismarck stampfen wollten, weil es während der Okkupationszeit Artikel aufnehmen mußte, die ganz gewiß am allerwenigsten nach seinem Geschmack waren.

— Mainz, 24. Nov. Die „Mainz. Ztg.“ sagt: „In vier Wahlbezirken haben die Abgeordnetenwahlen bereits stattgefunden. Zwei davon fielen zu Gunsten der Fortschrittspartei aus (Friebberg und Groß-Ulmstadt), zwei zu Gunsten der Konservativen (Rimbach und Neustadt, zu denen nun auch Darmstadt kommt). Ueber den Ausfall der Wahlen im Allgemeinen läßt sich natürlich nichts Sicheres sagen; allem Anschein nach hat jedoch das Ministerium alle Aussicht, im Bogelsberg und Odenwald eine Anzahl seiner Kandidaten durchzusetzen. Die Fortschrittspartei wird auch in der neuen Kammer voraussichtlich die Mehrheit behalten; allein das Ministerium wird wenigstens über eine starke Minderheit zu verfügen haben.“

— Die Krupp'sche Gußstahl-Fabrik in Essen beschäftigte 1865 ungefähr 8187 Arbeiter, gegen 6600 im vorhergehenden Jahre, welche 100 Millionen Pfund Gußstahl produzierten. 1864 betrug die Produktion 54 Millionen, 1863 25 Millionen. 160 Dampfmaschinen, 39 Dampfhammer, 400 Schmelz-, Gieß- und Cementöfen waren in Betrieb.

— Dresden, 24. Nov. Der Wirkliche Geh. Rath und Ministerialdirektor Köpfschütter ist gestern gestorben.

— Berlin, 24. Nov. Die Sorge für Verbesserung der Schußwaffe nimmt die preussische Regierung, wie es scheint, unablässig in Anspruch. So sollen sich jetzt der Generalmajor v. Neumann, Major Broder und Hauptmann Grabe von der Artillerie-Prüfungskommission behufs der Ausführung von Schießversuchen nach Essen begeben.

— Prag, 23. Nov. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums kam die Jesuitenfrage zur Sprache. Der Antrag auf Fernhaltung der Jesuiten von der Stadt wurde dem Stadtrathe zur Vorberatung überwiesen.

* Wie groß der Schaden ist, den die Viehseuche in Großbritannien angerichtet hat, ist aus den amtlichen Berichten jetzt ersichtlich; es wurden seit dem ersten Auftreten der Krankheit 253,732 Stück Vieh davon befallen, und weitere 52,415 Stück gesundes Vieh, das mit dem kranken irgendwie in Berührung gekommen war, wurden geschlachtet, um die Ausbreitung der Seuche zu verhüten. Der letzte Wochenanweis, der bis zum letzten Samstag einlief, weist nur zwei neue Fälle der Kinderpest nach, und man kann wohl sagen, daß die Plage für diesmal aufgehört hat.

* Die Nachricht von der letzten Schlacht in Südamerika erreichte den nördlichen Theil dieses Kontinentes auf einem ungewöhnlichen Wege; sie wurde von London dahin telegraphirt. Die amerikanischen Zeitungen brachten sie unter der Ueberschrift: „Wichtige Nachricht aus Südamerika — Rio de Janeiro, Oktober 10., via London, 5. November.“

Karlsruhe, 26. Nov. Das Karlsruher Tageblatt kündigt für Dienstag den 27. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale der Gewerbehalle eine Vorlesung des Professor Dr. A. Gemminghaus über das Rettungsgewesen zur See an. Prof. Gemminghaus half die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die ihren Sitz in Bremen hat, gründen und weichte ihr seine Arbeitskraft bis auf die neueste Zeit. Mit den segensvollen Bestrebungen und den bedeutenden Resultaten, die die Gesellschaft errungen, innig vertraut, können wir durch diesen Vortrag dem Publikum einen äußerst interessanten, belehrenden und gesehenswerthen Abend versprechen. Für Damen sind Sitzplätze reservirt. — St.

* Das Hamburger Post-Dampfschiff „Bavaria“, Kapitän Meyer, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, ging, erpedit von Hrn. August Volken, William Miller's Nachf., am 24. Nov. von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 56 Passagiere in den Kajüten und das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt, sowie auch den Laderaum mit Waaren.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

24. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 6,83	+ 4,5	West	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 8,63	+ 5,0	„	„	„
Nachts 9 „	„ 8,63	+ 4,5	„	„	„
25. Nov.					
Morgens 7 Uhr	27° 8,67	+ 3,5	„	ganz bew.	trüb, Regen
Mittags 2 „	„ 8,02	+ 6,0	„	„	regnerisch
Nachts 9 „	„ 7,30	+ 4,5	„	„	Regen

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 27. Nov. 4. Quartal. 129. Monumentsvorstellung. Zum ersten Mal: **Gruf von Swaben**; Trauerspiel in 5 Akten, von Ludwig Uhland.

Theater in Baden.

Mittwoch 28. Nov. **Grifeldis**; dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Friedrich Galla.

